

Würde, die nur die maulfertigsten unter den politischen Dünnbrettbohrern in Abrede stellen wollen (vgl. S. 189).

Das Kapitel über den Pazifismus im Nachkriegsdeutschland umfaßt nur 17 Seiten, und das ist eindeutig zu wenig, um die nun doch auch schon recht lange Entwicklung und die vielen Veränderungen von Pazifismus und Friedensbewegung mehr als nur in skizzenhaften Konturen zu schildern. Auch hat Holl hier die vorhandene Literatur nur stichprobenhaft verwendet und breite Lücken gelassen, was der Rezensent doppelt bedauert, kommt doch gerade das ihn besonders interessierende Thema der »neuen Friedensbewegung« viel zu kurz. Für die Zeit zwischen der Mitte des vorigen Jahrhunderts und 1945 gibt es indes keine instruktivere, besser abgewogene, besser gelungene Darstellung des Pazifismus in Deutschland.

*Wilfried von Bredow, Marburg*

Ralph Uhlig, Die Interparlamentarische Union 1889–1914. Friedenssicherungsbemühungen im Zeitalter des Imperialismus (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 39), Franz Steiner Verlag Wiesbaden, Stuttgart 1988, XII, 991 S., kart., 98 DM.

Die sozialistische Internationale vor dem Ersten Weltkrieg ist gut untersucht, über die internationale Organisation der Friedensbewegung im Weltfriedenskongreß liegt inzwischen eine neue Studie vor (Helmut Mauermann, Das Internationale Friedensbüro 1892–1950, Stuttgart 1990), und über die Interparlamentarische Union werden wir von R. Uhlig erstmals in Ausführlichkeit (fast) erschöpfend informiert. Alle drei Organisationen entstanden nicht zufällig im Zentenarjahr der Französischen Revolution. Anregungen zu transnationalen Parlamentariertreffen gab es schon seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts; aber erst die Initiative des britischen Arbeiterführers Randall Cremer und des französischen Freihändlers Frédéric Passy, die beide für Schiedsgerichte eintraten, führte zum Erfolg. Nach einer britisch-französischen Vorkonferenz 1888 in Paris wurde im folgenden Jahr dort von Vertretern aus acht Staaten (darunter die USA) die IPU begründet. Sie blieb im ersten Jahrzehnt eine überwiegend europäische Angelegenheit. In unserem Jahrhundert kamen dann, bedingt durch fortschreitende Konstitutionalisierung von Japan über Australien bis Kanada, auch außereuropäische Staaten hinzu, bis es 1914 insgesamt 24 waren. Akzeptiert wurden Mitglieder erster und zweiter Kammern, aber auch die der deutschen Einzelstaaten, dazu ehemalige, so daß man 1914 bereits 3429 Mitglieder zählen konnte. Der Organisationsgrad betrug in Dänemark 100 %; aus dem deutschen Reichstag waren es 20,4 %, in Frankreich 58,3 %, in Großbritannien 17,0 %.

Natürlich standen derartige Zahlen nur auf dem Papier; aber die Jahrestagungen zählten doch immer einige hundert Teilnehmer. Im Laufe der Zeit verfestigte sich die Organisation. Gab es anfangs unter Albert Gobat in Bern ein bescheidenes nebenamtliches Büro, zog dieses ab 1909 nach Brüssel um und hatte nunmehr einen besoldeten Generalsekretär, den Norweger Christian Lange; zwischen den Volltagungen trafen sich zahlreiche Arbeitsausschüsse. Über diese Entwicklung werden wir ausführlichst – zum Teil bis in die kleinsten Querelen – informiert.

Wichtiger waren aber insgesamt die Themen, derer sich die IPU annahm. Es ging ihr programmatisch um Frieden, und den suchte sie primär durch Schiedsverfahren zu fördern. Bereits 1894/95 legte eines ihrer Mitglieder, der belgische Senator Deschamps, einen Schiedsvertrag vor, den dieser dann als technischer Delegierter seines Landes auf der (gouvernemental beschickten) ersten Haager Friedenskonferenz fruchtbar verwenden konnte. Ob sich die IPU (aufgrund ihrer Jahrestagungen in Budapest im Jahre 1896 bzw. St. Louis-Missouri 1904) der Urheberschaft für jene Konferenzen schmücken kann, erscheint mir

nach wie vor fraglich und zumindest unbewiesen. Die in Kreisen der IPU damals wie später kolportierten entsprechenden Gerüchte über realen Einfluß für ihre insgesamt »größten Erfolge« scheinen eher schulterklopfend das post hoc, ergo propter hoc sich gegenseitig zu bestätigen. Doch kein Zweifel: im Rahmen der IPU wurden in enger Kooperation mit Völkerrechtlern Entwürfe erstellt und international in gewissem Rahmen popularisiert, auf die dann bei den Haager Konferenzen aus je machtpolitischen Interessen die Regierungen zurückgreifen konnten. Das ist kein geringes Verdienst.

Aber die Haltung der IPU, über eine Mobilisierung der internationalen bzw. je nationalen Öffentlichkeit die Regierungen unter Druck setzen zu wollen, um Frieden durch Recht statt Macht zu fordern, hatte doch wohl eine geringere Wirksamkeit, als Uhlig bei der »Biographie« seiner Heldin darzulegen trachtet. Das gilt auch für die Musterschiedsverträge des frühen 20. Jahrhunderts und die parallele Schiedsgerichtsbewegung in der Staatengesellschaft. Alles das betraf den Kern friedensgefährdender Konflikte nicht. Gerade in der Art öffentlicher Wirksamkeit blieb die IPU hinter ihren eigenen Ansprüchen am stärksten zurück. Die Union vertrat daneben Rüstungsbegrenzung und graduelle Abrüstung, setzte sich für die Definition neutraler Rechte ein, behandelte ferner zunehmend Fragen transnationaler Beziehungen wie des Völkerrechts insgesamt. Ob man pauschal eine »interparlamentarische Grundauffassung« konstruieren kann, »die in wechselseitigem Austausch von nationaler Volkskultur und in einer friedlichen Konkurrenz der Volkswirtschaften die beste Gewähr dafür sah, eine globale Staatengesellschaft ökonomisch zu entwickeln und demokratisch-parlamentarisch zu organisieren« (530), scheint mir fraglich.

Uhlig konstruiert insgesamt zu allgemein den bzw. die Interparlamentarier als Einheit, wenn er Aussagen über Inhalte macht. Gewiß organisierten sich die je nationalen Gruppen überparteilich und traten auch international nicht nach politischen Fraktionen getrennt auf. Aber im Zug der Verstärkung der IPU nahmen auch keineswegs pazifistisch oder internationalistisch gesonnene Abgeordnete Tätigkeiten in der IPU auf, um nationale Interessenpolitik auch durch jenes Forum zu betreiben. Das klingt bei Uhlig nur gelegentlich indirekt im Zitat an (z. B. Fried, S. 471). Das gleiche gilt für die Beziehungen zur Arbeiterbewegung. In der IPU arbeiteten auch Sozialdemokraten mit; wir erfahren jedoch nur, daß das Verhältnis der Union zur Arbeiterbewegung durch mangelnde Kooperation gekennzeichnet war (S. 547). Das lag gewiß auch daran, daß die IPU keine gesellschaftspolitischen Reformvorschläge als Voraussetzungen für Frieden entwickelte. Man war »realistisch«, zwischen »Programmatik und Pragmatismus«, suchte »real-utopische« und nicht »irreal-utopische Konzeptionen« (wie die Weltfriedenskongresse!?, S. 208) zu entwickeln.

»Die drei Eckpfeiler des politischen Internationalismus« sieht Uhlig in interparlamentarischen Konferenzen, intergouvernementalen Konferenzen und Schiedsverträgen (S. 330). Schwankend ist seine Qualifizierung des real existierenden Staatensystems im Imperialismus. Bisweilen wird es, gekennzeichnet etwa durch Militär, Geheimdiplomatie und Gewaltpolitik, als Folie gleichsam eo ipso vom Verfasser abgelehnt, und manchmal erscheint gerade die Reformabsicht innerhalb dieses Systems als das eigentlich Bewundernswerte an der IPU – natürlich nur, wenn man den optimistischen Gradualismus der Zeitgenossen auch heute als Maßstab akzeptiert.

Die IPU schränkte ihre Aktivitäten auch noch insofern ein, als sie zu akuten Konflikten und Kriegsfällen offiziell keine Stellung bezog. Das stürzte sie beim Burenkrieg, während des Russisch-Japanischen wie Italienisch-Türkischen Krieges in tiefe Konflikte, was im letzteren Fall zum Austritt Italiens führte. Aber gerade diese Neutralität der IPU, die die mehr oder weniger in nationaler Kultur eingebundenen Parlamentarier nicht in die Enge treiben wollte, war wohl eine ihrer Existenzbedingungen, die mit »eunuchischer Paragraphenreiterei« (S. 459) kaum angemessen im Spannungsfeld zur Empörung über Kriege gekennzeichnet ist.

Uhlig gibt in seiner Arbeit über die Kapitel verstreut kenntnisreiche Überblicke über alle

in der IPU teilnehmenden parlamentarischen Systeme und greift dabei zum Teil bis ins 18. Jahrhundert zurück. So etwas erwartet man kaum in einer derartigen Studie. Der Verfasser geht (bei einigen Zwischenkapiteln) im Kern chronologisch vor, indem er die Büroaktivitäten und Tagungen in den Mittelpunkt stellt. Innerhalb dieser Kapitel tauchen dann aber wieder im Vor- bzw. Rückgriff Sachthemen auf, theoretische Überlegungen, welche die (im übrigen durch ein umfangreiches Register gut erschlossene Arbeit) nur schwer benutzbar macht. Gelegentlich werden komplizierte theoretische Überlegungen zur Analyse ange stellt, die dann in der Darstellung folgenlos bleiben (S. 411–413, aber auch die Zusammenfassung S. 545). Die Stärke und wohl unübertreffliche Leistung der Studie liegt in der Materialsichtung. Uhlig hat 21 Archive vieler europäischer Staaten aufgesucht, daneben eine Fülle zeitgenössischer Publizistik durchgesehen. Die 550 Seiten Text werden von 250 Seiten Anmerkungen mit zahlreichen Zusatzinformationen und Quellenzitate begleitet. All dies ist eine wahre Fundgrube. Eher illustrativ sind 100 Seiten größtenteils faksimilierter Dokumente (Satzungen, Porträtfotos, Mitgliederlisten), die gelegentlich unleserlich reproduziert wurden. Die wissenschaftliche Literatur wird dabei eher pauschal genannt, als daß eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihr stattfindet (der Rezensent kann sich diesbezüglich jedoch nicht beklagen).

Uhlig vernachlässigt bei aller positiven Würdigung und Hervorhebung der bislang vernachlässigten Ansätze der IPU ihre Mißerfolge nicht. Deutlich wird, daß viele Jahrestagungen mangels Tagesvorbereitung/Orten oder wegen anderer Krisen, materieller Basis ausfallen mußten. Den nicht realisierten Alternativen kommt in der Geschichtswissenschaft eine hohe Bedeutung zu, wenn die Gründe für die mangelnde Durchsetzungskraft jeweils angegeben werden. Das geschieht hier mit einem gelegentlich sarkastischen Unterton gegenüber den herrschenden Verhältnissen. Jede Beschäftigung mit Pazifismus und Internationalismus im Vierteljahrhundert vor 1914 muß fortan auf die umfassende und erschöpfende Studie von Uhlig zurückgreifen.

*Jost Dülffer, Köln*

Volker R. Berghahn/Wilhelm Deist (Hrsg.), Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Droste Verlag, Düsseldorf 1988, 426 S., Pb., 44 DM.

»Das Wettrüsten vor 1914 ist der Prototyp moderner Rüstungswettläufe zwischen Industrienationen.« (S. 9) Das Problem dieses eingängigen Satzes ist, daß die handlich erscheinenden Begriffe wie »Wettrüsten« oder »Rüstungswettlauf« bei näherem Zusehen eine Vielzahl unterschiedlich motivierter und eben nur gleichartig (nämlich mit dem Hinweis auf die Rüstungsaktionen des Feindes) legitimierte Handlungen zusammenfassen. Den beiden Autoren, eigentlich sind sie eher kommentierende Herausgeber, dieses interessanten Bandes ist dieses Problem natürlich nicht entgangen. Sie haben sich wegen der nach wie vor bestehenden »beträchtlichen Forschungslücken« (S. 10) auf diesem Feld dazu ermuntert gefühlt, eine Art Zwischenbilanz zur Rüstungspolitik des Deutschen Reiches vorzulegen. Es war dabei ihre Absicht, eine Sammlung einschlägiger und durch Einführungen, ggf. Kommentierungen und bibliographische Hinweise aufbereiteter Dokumente vorzulegen, die Anstöße für weitere Forschungen ebenso wie Anregungen zur systematischen Einarbeitung in das Themengebiet (beispielsweise in Seminaren) geben kann. Zudem verdient ihr Motiv Erwähnung, die Gräben zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung zu überbrücken.

In neun Kapiteln sind insgesamt 135 Dokumente oder Ausschnitte aus Dokumenten abgedruckt. Zu jedem Kapitel gibt es eine knappe Einleitung und meist auch einige Angaben